

Der Plan

zur

Errichtung eines Priesterhauses in Spital am Pyhrn.



Von

Dr. Eduard Straßmayr.



Zu den bewegtesten Epochen der oberösterreichischen Geschichte zählen die religiösen Wirren des 16. und 17. Jahrhunderts, die in mächtigem Wellenschlage das Land aufwühlten und, genährt durch die allgemein herrschende Erregung über die traurige wirtschaftliche und soziale Lage, die Volkskraft zu blutigen Kämpfen trieben. Luthers Lehre wurzelte tief im oberösterreichischen Volke, ja zu Beginn des 17. Jahrhunderts machten die Katholiken nur einen geringen Bruchteil der Bewohnerschaft aus.

Mit aller Strenge setzte unter Kaiser Ferdinand II. eine Restaurations-Politik ein. Den Protestanten blieb nur die Wahl zwischen Emigration oder Wiederannahme des katholischen Glaubens. Viele verließen damals die österreichischen Erblande, um in protestantischen Gegenden nach ihrem Glaubensbekenntnisse leben zu können.

Die energischen Maßregeln Ferdinands und seines gleichnamigen Sohnes konnten der Gegenreformation nicht zum vollständigen Siege verhelfen. In den schwer zugänglichen Gebirgsgegenden und Tälern, fern dem Verkehrsströme, wohin die Wogen der gegenreformatorischen Bestrebungen selten ihren Weg gefunden hatten, lebte ein Bauernvolk in Anhänglichkeit an die protestantische Lehre. Auf einsamen Gehöften wurde im Familien- und Nachbarkreise von Kundigen die Bibel vorgelesen und aus ihr sowie anderen evangelischen Büchern Kraft und Erbauung geschöpft. Nach außen hin durfte niemand seine evangelische Gesinnung zur Schau tragen, da er dadurch die Aufmerksamkeit der Reformations-Kommissäre auf sich gelenkt hätte. Dieser sogenannte Krypto-Protestantismus¹⁾ zählte die meisten Anhänger um Hallstatt, Goisern und Gosau.²⁾

¹⁾ Die Geschichte desselben in unserem Gebiete, wie überhaupt der religiösen Verhältnisse des 18. Jahrhunderts im Lande hat bisher keine Darstellung erfahren. Die unbedingt notwendige Heranziehung sämtlicher Archive des Landes, sowie auch auswärtiger Aktenbestände nimmt allerdings bei dem Mangel an Vorarbeiten viel Zeit und Mühe in Anspruch. Das im oberöster-

Während der zweiten Hälfte des 17. und auch in den ersten Dezennien des 18. Jahrhunderts erfuhr der religiöse Friede im Lande keine Störung. Durch die Zurückhaltung der Protestanten in Glaubenssachen war den Landesfürsten, die ohnedies durch die auswärtigen Kriege voll und ganz in Anspruch genommen waren und sich um die inneren Landesangelegenheiten wenig kümmern konnten, kein Anlaß zum Einschreiten geboten.

Eine bedeutende Wirkung übten die Vorgänge in Salzburg im Jahre 1732 auf die protestantischen Bewohner des Landes ob der Enns aus. Auf Befehl des dortigen Erzbischofs Leopold Anton Freiherrn von Firmian mußten Tausende von Untertanen ihres evangelischen Glaubens halber das Erzstift verlassen. Die Schicksale der Exulanten riefen in den österreichischen Glaubensgenossen das Gefühl der Zusammengehörigkeit wach und trieben sie aus ihrer bisherigen Verborgenheit zum offenen Bekenntnisse ihrer Religion.³⁾ Das in denselben entfachte Feuer religiöser Begeisterung wurde ständig genährt durch die aus dem Reiche nach Österreich ziehenden „Emissäre“, die eine rege Agitation

reichischen Landesarchiv deponierte „Statthaltereiarchiv“ hat bei einem Bestande von 99 Aktenfaszikeln allein 7 große Faszikel Religionsakten aus den Jahren 1713 bis 1755, abgesehen von dem reichhaltigen Material in den Kloster- und namentlich Wiener Archiven. Interessante, bisher noch in Dunkel gehüllte Partien unserer Landesgeschichte würden dadurch aufgeheilt und in das richtige Licht gerückt.

³⁾ Die große Verbreitung des Protestantismus in dortiger Gegend mag daraus erhellen, daß kaum ein Jahr nach Erlassung des Toleranzpatentes (1781) sich 3271 Personen zur Augsburgischen Konfession erklärten, und zwar aus Goisern 1645, Gosau 1054, Hallstatt 534, Ischl 36, Laufen 2. Bericht des k. k. Pflégamtes Wildenstein an das Salzoberamt Gmunden, 1782, September 25. Landesarchiv Linz, Salinenarchiv Ischl, Toleranzakten.

Im Salzkammergut konnte sich der Protestantismus auch deshalb leichter behaupten, weil im Interesse eines ungestörten Salinenbetriebes, an welchem dem Arar als Eigentümer besonders gelegen sein mußte, die Gegenreformation unter den beim Salzwesen beschäftigten lutherischen Bewohnern nicht so streng durchgeführt werden konnte, wie in den übrigen österreichischen Ländern. Vergl. K. Kramař, Die staatliche Lohnpolitik und die Lage der Arbeiter in den Salinen des Salzkammergutes bis zum Jahre 1748. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 3. Folge, 11. Bd., S. 361 ff.

⁴⁾ Zu Anfang des Jahres 1734 meldeten sich bei der Herrschaft Wildenstein 113 Personen öffentlich zum Luthertum. Ebenso traten viele Salzarbeiter und Bergknechte als Bekenner des Protestantismus auf. Landesarchiv Linz, Statthaltereiakten Bd. 69. Für die gleichzeitig in Steiermark und Kärnten beginnenden Religionsunruhen vergl. H. v. Zviedineck-Südenhorst, Geschichte der religiösen Bewegung in Innerösterreich im 18. Jahrhundert. Archiv für österreichische Geschichte 53, 457 ff.

für die Auswanderung nach den Ländern protestantischer Fürsten entfalteteten.¹⁾ Zahlreiche akatholische Bibeln, Katechismen und Gesangbücher wurden aus evangelischen Ländern, besonders von Regensburg und der Grafschaft Ortenburg in Niederbayern zur Verteilung unter das Bauernvolk eingeschmuggelt.

In tatkräftiger Weise nahm sich das Corpus evangelicorum in Regensburg,²⁾ eine im Westfälischen Frieden geschaffene Institution zur Vertretung der protestantischen Interessen im Sinne der Parität mit der katholischen Religion, der österreichischen Glaubensbrüder an und machte bei Kaiserin Maria Theresia wiederholt energische Vorstellungen.

Darf es wundernehmen, wenn die Lutheraner in der Hoffnung auf eine sichere Stütze von auswärts und oft auch gegen die eigene Regierung von Emissären aufgereizt, an manchen Orten ungestüm auftraten und freie Religionsübung verlangten?³⁾

Von dem Regierungsgrundsatz geleitet, an der Glaubenseinheit der österreichischen Erblande nicht rütteln zu lassen, suchte Kaiser Karl VI. dem Weitergreifen des Luthertums einen Damm zu setzen und die Abtrünnigen dem alten Glauben wieder zu gewinnen. Dem sehr eifrig wirkenden Ordensklerus wurde von der Regierung mildes, sanftes Vorgehen bei der Bekehrung der Irrgläubigen als Richtschnur vorgezeichnet. Bald jedoch mußte der Kaiser selbst zur Überzeugung gelangen, daß ein Erfolg nur dann zu gewärtigen wäre, wenn die Rädelsführer und eifrigen Anhänger der Lehre Luthers von den „Suspekten“ und den Katholiken streng gesondert würden. Der von den

¹⁾ Auf die emsige Tätigkeit solcher Emissäre wirft ein Bericht der österreichischen Gesandtschaft in Regensburg vom Jahre 1733 interessante Streiflichter. Landesarchiv Linz, Stiftsarchiv Spital a. P. Bd. 675. Vergl. auch Zwiedineck a. a. O. 511 ff.

²⁾ F. Reißberger, Das Corpus evangelicorum und die österreichischen Protestanten (1685 bis 1764). Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte des Protestantismus in Österreich 17, 207 ff.

³⁾ Am 16. Jänner 1734 erschien vor dem kaiserlichen Pfleger Gottlieb Hueber zu Wildenstein ein Ausschuß der evangelischen Untertanen von Goisern unter Führung des als „Erzketzer“ bezeichneten Andreas Primesberger und bat, zum Kaiser selbst nach Wien reisen zu dürfen, um ihm in ihren Glaubensangelegenheiten ein Memorial zu überreichen. Einige Wochen später stellte Primesberger im Namen seiner Glaubensgenossen das Ersuchen, daß man mit den Lutheranern „endlich zu einem Ende trachten“, oder ihnen im Kammergut einen Prädikanten gestatten solle. Landesarchiv Linz, Statthaltereiakten Bd. 69 Nr. 3.

Protestanten wiederholt beehrten freien Emigration wollte man nicht willfahren, da durch deren Abgang in ein fremdes Reich, wie es zur Zeit der Gegenreformation geschah, das eigene Staatsinteresse eine große Schädigung erfahren hätte. Dieser Tendenz entsprachen die Regierungsmaßnahmen, die der religiösen Bewegung des 18. Jahrhunderts ihren Grundzug verleihen. Dem Habsburgerreiche war noch nicht gar lange ein Land wiedergewonnen, wo Katholiken und Protestanten gleichberechtigt nebeneinander lebten und ein Bevölkerungszuwachs durch Ansiedlung dem Gesamtstaate nur förderlich sein konnte, Siebenbürgen. Vielleicht schwebten auch der österreichischen Regierung die kolonialisatorischen Bestrebungen der Hohenzollern in Ostpreußen als Muster vor. Jedenfalls bot sich hier eine günstige Gelegenheit, die dem katholischen Glauben in den österreichischen Landen gefährlichen Elemente einerseits wegzuführen, anderseits aber durch Anweisung von Wohnsitzen im eigenen Reiche der Monarchie zu erhalten. Diese Transmigrationen, die im Lande ob der Enns im Jahre 1734 begannen und bis zum Ende der Regierungszeit Maria Theresias dauerten, brachten Hunderte von evangelischen Untertanen nach Siebenbürgen.¹⁾

Ein zweites von der Regierung häufig praktiziertes Mittel gegen das Luthertum war die Einziehung von Protestanten zum Militär und ihre Übersetzung in auswärts dislozierte Regimenter. Nach den Berichten der Missionäre führten diese von den jungen Leuten gefürchteten Rekrutierungen manche Besserung der religiösen Verhältnisse im Lande herbei.

Auf die bereits unter Karl VI. kräftig geförderte Ausgestaltung und Vermehrung der Seelsorgestationen sowie auf die Organisation einer intensiven Missionstätigkeit lenkte Maria Theresia ihr besonderes Augenmerk. Eine fromme, vom katholischen Glauben tief durchdrungene Frau, betrachtete sie die Förderung des Seelenheiles ihrer Untertanen und deren Zurückführung zur katholischen Religion als eine ihrer wichtigsten Regentpflichten. Auch Erwägungen politischer Natur mochten die kluge Kaiserin in der Überzeugung bestärkt haben, mit der Wiederherstellung der Glaubenseinheit das Staatsgebäude zu

¹⁾ Vergl. K. Reißberger, Zur Geschichte der evangel. Transmigration aus Ober- und Innerösterreich nach Siebenbürgen. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte des Protestantismus in Österreich 2, 65 ff. Derselbe, Die deutschen Besiedlungen Siebenbürgens in älterer und neuerer Zeit. Zeitschrift des historischen Vereines für Steiermark 4. Bd. (Graz 1906), Sonderabdruck.

festigen. Die wiederholte Intervention des Corpus evangelicorum zugunsten von Untertanen, die wegen ihrer Neigung zu Unruhen und Renitenz als wenig verlässliche Staatsbürger galten, hatte der Kaiserin schon manche Schwierigkeiten bereitet. Wenn sich etwa auch protestantische Reichsfürsten in die österreichischen Religions-Angelegenheiten einmischten, war die Gefahr ernster Komplikationen für das Reich, das ohnedies noch ziemlich schwer unter den Lasten der Kriege aus den ersten Regierungsjahren Maria Theresias litt, ziemlich groß. Von diesen Gesichtspunkten aus sind die Vorkehrungen der Kaiserin gegen den Protestantismus zu betrachten.

Zur richtigen Beurteilung der Verhältnisse wird ein Blick auf die religiös-sittlichen Zustände der damaligen Zeit im Lande ob der Enns angezeigt sein. Die Berichte der Religions-Reformations-Kommissäre und der Missionäre entrollen in dieser Hinsicht ein betrübendes Bild. An einer religiösen Erziehung der Kinder mangelte es sehr. Die Eltern schickten dieselben selten zum Gottesdienste und zu den Kinderlehren und ließen ihnen auch zu Hause keine Unterweisung in den Grundsätzen der katholischen Religion angedeihen. Bei den häufigen Konventikeln in den Bauerngehöften hörte die Jugend nur protestantische Lehren, so daß das wenige, was sie vom Unterrichte der katholischen Geistlichkeit mitbrachte, bald wieder vom lutherischen Geiste im Elternhause durchsetzt war. So wuchs eine Generation heran, die innerlich mehr dem Protestantismus zugetan war, nach außen hin aber, um die Aufmerksamkeit der Missionäre nicht auf sich zu lenken, eine katholische Gesinnung zur Schau trug.

Dieser religiöse Zwiespalt in der menschlichen Natur war nicht dazu angetan, sittliche Grundsätze im Volke zu fördern. Die vielfach herrschende Gleichgültigkeit in Glaubenssachen mußte auf die Moral verderblich wirken. In diesem Punkte war es namentlich bei dem Gesinde schlecht bestellt, wo lockere Zucht und Ungebundenheit im Verkehre bestand. An Sonn- und Feiertagen fanden sich Burschen und Mägde zahlreich in den Wirtschaftshäusern zu den sogenannten Freitänzen ein und gaben sich ihrer ungezügelter Lebensfreude die ganze Nacht hin. Viele Volksbelustigungen arteten in großen Unfug aus. Die Seelsorger gaben sich redlich Mühe, die Gleichgültigkeit der Leute in Glaubenssachen zu beheben und die sittlichen Gebrechen zu bessern. In den amtlichen Reskripten kehrt ständig die Klage über den reli-

giös-sittlichen Tiefstand des Volkes wieder; langatmige Weisungen ergingen an die Geistlichkeit, fleißig katechetischen Unterricht und Christenlehren abzuhalten. Doch was halfen noch so eindringliche Erlässe, wenn bei dem Mangel an der erforderlichen Zahl tüchtiger, praktisch erprobter Seelsorger deren Durchführung nicht möglich war? In den Gebirgsgegenden gab es oft weit und breit keine Seelsorgestationen. Ungestört konnten die dortigen Bewohner ihre Zusammenkünfte halten und sich im protestantischen Geiste stärken. Der Hauptursache des Glaubenszwiespaltes, den akatholischen Schriften, die sich gleich einer Flut über das Land ergossen, spürte der Klerus eifrig nach und suchte zu diesem Zwecke die einzelnen Gehöfte auf. Der Bauer wußte aber seinen wohlgehüteten Bücherschatz oft in den absonderlichsten Verstecken ¹⁾ rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Als die Kaiserin nach Beendigung der langwierigen Kriege im ersten Dezennium der Regierung ihre Tätigkeit auf die innerpolitischen Angelegenheiten des Reiches konzentrieren konnte, griff sie energisch die Religionsfrage auf. Ihrer Initiative entsprang das umsichtig angelegte und weitverzweigte Missionswerk. Dadurch hoffte sie dem Glaubensübel mit Erfolg an den Leib zu rücken. Im Jahre 1752 kam der Hofrat Karl Holler von Doblhoff zum Studium des Religionswesens nach Oberösterreich. Auf seinen Bericht hin wurden in den von Irrgläubigen „infi-zierten“ Gegenden 35 Missionsstationen errichtet, zu deren Besetzung die Stifter je nach ihrer Vermögenslage Ordensleute beizustellen hatten.²⁾ Dem Unternehmen kam besonders zu-
statten, daß ein einflußreicher, durch sein seelsorgliches Wirken hervorragender Mann, Abt Alexander III. von Kremsmünster, seine ganze Kraft in den Dienst der Missionierung stellte. Sein Werk war die Umwandlung des Schlosses Kremsegg und des Schulhauses zu Thalheim bei Wels in Konversionshäuser, wohin die des Protestantismus Verdächtigen, auf deren Bekehrung man noch hoffen konnte, gebracht wurden, um mehrere Wochen in der katholischen Religion gründlichen Unterricht zu genießen. Die zur Durchführung des Missionsplanes erforderlichen Geldmittel trachtete man durch Beiträge seitens der Klöster und Veranstaltung von Kollekten im ganzen Lande hereinzubringen. Die

¹⁾ *F. Koch*, *Seltene Bücherschränke und deren Inhalt*. Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte des Protestantismus in Österreich 2, 65 ff.

²⁾ *R. Hittmair*, *Der Josefinische Klostersturm im Lande ob der Enns* (Freiburg 1907) S. 6.

oberösterreichischen Klöster galten also der Kaiserin als feste Stützpunkte, auf denen sie ihre religiös-reformatorischen Bestrebungen aufbaute. Sie waren es, die in erster Linie zu bedeutenden finanziellen Leistungen herangezogen wurden. Durch aufopfernde Missionstätigkeit auf den inkorporierten Stiftspfarrn ließ die Regularegeistlichkeit dem Religionswesen ihre mächtige Unterstützung.

Die Bedeutung der Stifter in dieser Beziehung trat um so mehr hervor, als es an einer genügenden Zahl von Weltpriestern gebrach. Im Lande ob der Enns bestand kein Bischofsitz, denn es unterstand in kirchlicher Hinsicht bis zur Errichtung der Linzer Diözese im Jahre 1783 dem Bistum Passau. Daher fehlte es auch im Lande an einem einheitlich geleiteten Institut zur Heranbildung junger Theologen. Ein Teil der Weltpriester oblag den Studien am bischöflichen Klerikalseminar zu Passau.¹⁾ Manche genossen ihre Ausbildung an den Universitäten in Wien, Graz, Prag oder besuchten das von den Jesuiten geleitete Lyzeum zu Linz, wo gemäß dem getroffenen Übereinkommen mit den oberösterreichischen Landständen seit dem Jahre 1672 auch theologische Disziplinen gelehrt wurden.²⁾ Aus den Reihen der Stiftskleriker erfreuten sich die blühende Benediktiner-Universität zu Salzburg und die theologische Lehranstalt in Kremsmünster eines regen Zuspruches.³⁾ Der Mangel einer gut organisierten und dem großen Priesterbedarf entsprechenden Bildungsstätte für den Säkularklerus im eigenen Lande machte sich zu einer Zeit, wo die Wogen der religiösen Bewegung ziemlich hoch gingen, doppelt fühlbar. Die Fürsorge für einen ständigen Nachwuchs praktisch geschulter, tüchtiger Seelenhirten erschien damals als eine dringende Notwendigkeit. Als Ziel schwebte hier der Kaiserin vor Augen, ein Institut ins Leben zu rufen, das eine

¹⁾ *J. Strigl*, Die Geschichte des bischöflichen Alummates, dann des Diözesan-Knabenseminars in Linz (Linz 1857) S. 14.

²⁾ *J. Gaisberger*, Geschichte des k. k. akademischen Gymnasiums zu Linz. 15. Jahresbericht des Museum Francisco-Carolinum (Linz 1855) S. 24 und 87.

³⁾ *J. Krauter*, Die Beziehungen des Abtes Bernhard Lidl von Mondsee zur Universität in Salzburg. Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benediktiner-Ordens (Neue Folge) 1, 85 ff. *Th. Hagn*, Das Wirken der Benediktiner-Abtei Kremsmünster für Wissenschaft, Kunst und Jugendbildung (Linz 1848) S. 99 ff. *L. Pröll*, Ein Triennium an der Salzburger Benediktiner-Universität. Mitteilungen der österreichischen Gruppe der Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte (Wien 1903) S. 9.

Vorbereitungsschule für die praktische Seelsorge sein sollte. In dieses Priesterhaus wären nur absolvierte Theologen aufzunehmen und durch Abhaltung von Predigten, Spendung der Sakramente, sowie Verrichtung der verschiedensten kirchlichen Funktionen aus eigener Übung in ihren Beruf einzuführen.

Die Verwirklichung dieser Idee wurde im Jahre 1752 in Angriff genommen. Doblhoff hatte bei seiner Anwesenheit in diesem Jahre aus eigener Anschauung den religiösen Zustand des Landes kennen gelernt und damals schon in Erwägung gezogen, wie die Mittel für die zu gründende Anstalt zu beschaffen wären und an welchem Orte dieselbe am geeignetsten untergebracht werden könnte. In seinem Vorschlage lenkte er die Aufmerksamkeit der Kaiserin auf das Kollegiatstift Spital am Pyhrn.¹⁾

Diese Stiftung der Bamberger Bischöfe aus dem Ende des 12. Jahrhunderts am Fuße des Pyhrnpasses diente ursprünglich als Hospital für die Beherbergung und Pflege von Pilgrimen in der damals unwirtlichen Einöde des Garstentales. Wegen des uneigennütigen Wirkens zum Wohle der Menschheit floßen derselben im Laufe der Zeit zahlreiche fromme Stiftungen und Schenkungen zu. Mit dem Aufhören der Pilgerzüge und der fortschreitenden Kultivierung des Bodens schwand allmählich die frühere Bestimmung des Hospizes, 1418 erfolgte die Umwandlung in ein Kollegiatstift weltlicher Chorherren und 1605 die Erhebung zu einer Propstei. Als Chorherren durften nur Weltpriester aufgenommen werden, deren höchste Zahl bis zur Übergabe des Stiftes an die Benediktiner von St. Blasien im Schwarzwald im Jahre 1807 auf 19 festgesetzt war. Jeder Kandidat trat zuerst bei der Pfarre Windischgarsten in die Seelsorge und wurde dann nach einem sechsmonatlichen, im Stifte zurückgelegten Noviziat als Chorherr aufgenommen. Als solcher war er nur durch das Gelübde des Gehorsams für die Dauer seiner Mitgliedschaft an das Stift gebunden, hatte freies Verfügungsrecht über sein Vermögen und konnte jederzeit resignieren, bei Vergehungen aber auch ausgeschlossen werden.

Welche Gründe mochten wohl maßgebend gewesen sein, daß gerade Spital für die Errichtung einer Priesterschule ausersehen

¹⁾ Für das Folgende vergl. *F. X. Pritz*, Geschichte des einstigen Kollegiatstiftes weltlicher Chorherren zu Spital am Pyhrn im Lande ob der Enns. Archiv für österreichische Geschichte 10, 241 ff.

war? Die ganze Organisation dieses Stiftes schien für den geplanten Zweck ganz geeignet. Dasselbe bestand aus Weltgeistlichen, deren Hauptaufgabe die Seelsorge in der beschwerlichen Gebirgsgegend bildete. Der Dienst auf den Stiftspfarrern Windischgarsten, Vorderstoder, Innerstoder und St. Pankraz, sowie die Versehung der beiden Benefizien zu Linz und Wels boten jungen Geistlichen Gelegenheit, eine tüchtige, von praktischen Gesichtspunkten geleitete Vorschule für den verantwortungsvollen Beruf durchzumachen. Für die Errichtung eines Priesterhauses erschien die günstige Finanzlage des Stiftes besonders vorteilhaft. Das nach dem Tode des Propstes Markus Antonius Steinwald im Jahre 1761 aufgenommene Inventar wies einen Vermögensstand von 330.759 fl. 39 kr. auf, dem Schulden in der Höhe von 165.058 fl. 13 kr. gegenüberstanden.¹⁾ Um einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Stiftes zu bekommen, wurde im Jahre 1753 von der k. k. oberösterreichischen Repräsentation und Kammer in Linz eine eingehende Berechnung vorgenommen, der zufolge die jährlichen Einkünfte 26.976 fl. 40 kr., die Ausgaben 23.926 fl. 20 kr. 1 $\frac{1}{2}$ betragen, so daß sich ein jährlicher Überschuß von 3050 fl. 19 kr. 3 $\frac{1}{2}$ ergab.²⁾ Diese Bilanz darf in Anbetracht der fortwährenden finanziellen Inanspruchnahme der oberösterreichischen Klöster durch die Landesfürsten für die bedeutenden Kriegskosten in damaligen Zeiten als eine sehr gute bezeichnet werden.³⁾

Ein weiteres stark in die Wagschale fallendes Motiv für die Errichtung eines Priesterhauses waren die inneren Streitigkeiten in Spital. Diese datieren bereits in die erste Regierungszeit des Propstes Steinwald (1732 bis 1760) zurück. Im Jahre 1739 führte der geistliche Rat Johann Rosenkranz in Passau darüber Klage, daß der Geist der Uneinigkeit in Spital allgemein herrsche und kaum früher Ruhe hergestellt werden könne, bevor nicht einige Kanoniker ihrer Stellen enthoben seien.⁴⁾ Vier Stiftsgeistliche schürten unablässig gegen den Propst, indem sie bald über den angeblichen Mißbrauch des Kapitelsiegels, bald

¹⁾ Landesarchiv Linz, Stiftsarchiv Spital am Pyhrn Bd. 3.

²⁾ Ebenda Bd. 10.

³⁾ *Hittmair* a. a. O. 15 ff hat die materiellen Verhältnisse der oberösterreichischen Stifter im 18. Jahrhundert durch Beibringung eines reichhaltigen Aktenmaterials beleuchtet. Mit wenigen Ausnahmen waren dieselben unermöglich, zum Teil steckten sie tief in Schulden, wie Baumgartenberg und Waldhausen.

⁴⁾ Landesarchiv Linz, Stiftsarchiv Spital am Pyhrn Bd. 18.

über die Aufnahme von Geistlichen Beschwerdeschriften beim Ordinariat in Passau einreichen.¹⁾ Heftigen Zwist verursachte die Verkündigung der in mancher Hinsicht abgeänderten und von der Kaiserin am 1. Dezember 1747 bestätigten Statuten unter dem Kapitel. Es herrschte nämlich unter mehreren Mitgliedern besondere Erbitterung darüber, daß von nun an dem Propste eine bedeutend erweiterte Freiheit in der Verwaltung des Stiftsvermögens eingeräumt werden sollte. Und diese Aufregung war nicht so ganz ohne Berechtigung. Propst Anton schaltete in Geldangelegenheiten ziemlich unumschränkt, entlieh ohne Konsens des Kapitels an Parteien Kapitalien und hinterließ bei seinem Tode zum Schaden des Stiftes manche Verpflichtungen, so daß seitens desselben auf seine Verlassenschaft Ansprüche erhoben wurden.²⁾ Die Vertreter der Opposition mit dem Stiftssenior Josef Pernreither an der Spitze begaben sich im August 1748 nach Wien, um ihre Anklagen gegen den Propst in temporalibus an die Kaiserin zu bringen. Im Jahre 1749 ließen sie durch ihren juristischen Anwalt eine ausführliche Schrift bei Hof überreichen.³⁾

Diese inneren Konflikte sowie die vorher geschilderte Vermögenslage boten eine geeignete Handhabe, das Stift für den beabsichtigten Zweck heranzuziehen.

Mit genauen Instruktionen von Wien aus versehen,⁴⁾ setzte sich der k. k. oberösterreichische Repräsentations-Präsident Franz Reinhold Graf von Andlern und Witten in einem ausführlichen Schreiben vom 31. Juli 1753 mit dem Passauer Bischof Kardinal Josef Dominikus von Lamberg ins Einvernehmen.⁵⁾ Da die Kaiserin bereits in Steiermark mit einer Priester-Pflanzschule den Anfang gemacht und in Kärnten auch schon den erforderlichen Fundus richtiggestellt habe, sei in diesem mit der Irrlehre weit mehr angefüllten Lande ein Priesterhaus um so notwendiger, dessen Errichtung in Spital „ohne mindesten Einbruch in das Hauptinstitutum“ des Stiftes durchgeführt werden könnte.

¹⁾ Ebenda Bd. 4.

²⁾ Ebenda Bd. 2.

³⁾ Ebenda Bd. 4.

⁴⁾ Mit Reskript vom 21. Juli 1753 erteilt Kaiserin Maria Theresia an den Präsidenten und die Räte der oberösterreichischen Repräsentation und Kammer den Befehl, mit dem Ordinarius in Passau in Unterhandlung zu treten und das Werk möglichst rasch durchzuführen. Landesarchiv Linz, Statthaltereiakten Bd. 26 Nr. 9.

⁵⁾ Die folgende Darstellung beruht auf den Akten des Stiftsarchivs Spital Bd. 10.

Für die neue Stiftung hatte die Kaiserin ein detailliertes Projekt ausarbeiten lassen. Während bisher der gesamte Personalstatus höchstens 19 Priester, davon sieben auf den Stiftspfarran, betrug, sollten nun nebst dem Propste und Dechant 10 Kanoniker und 14 Vikare in Spital allein ihren Unterhalt finden. Den dadurch bedingten Mehraufwand wollte man durch Einschränkung der bisher allzu guten Lebensweise, welcher die Schuld an dem Verfall der Seelsorge und eines frommen priesterlichen Lebenswandels beigemessen wurde, wettmachen. Die Kost wurde für den Dechant und die Kanoniker zu Mittag auf fünf, abends auf vier Speisen, für die Vikare auf je eine Speise weniger und bei sämtlichen der Trunk auf eine Maß Wein täglich festgesetzt.

Für die Vikare war die Bestellung eines geistlichen Direktors in Aussicht genommen, dem die Obsorge sowohl in spiritualibus als quoad studia oblag. Eine direkte Einflußnahme auf die Leitung und Erziehung der jungen Priester stand dem Propste nicht zu; derselbe sollte bei seiner „institutmäßigen Aktivität“ verbleiben und sein bisheriges Einkommen weiterbeziehen.

Grundbedingung für die Aufnahme als Vikar war die Ausbildung in guten Seminarien, Erfolg im Studium und tadelloser Lebenswandel. Ferner sollten täglich Meditationen eingeführt, ein Studienplan entworfen und öfter „colloquia erudita“ gehalten werden. Auf eine in Erledigung kommende Kanonikatstelle konnten in erster Linie Vikare reflektieren, die im Stifte eine Zeit zugebracht und mehrere Jahre hindurch sich um die cura animarum verdient gemacht hätten.

Zur Überwachung der genauen Einhaltung der gegebenen Normen war eine vom Ordinariat zu Passau alljährlich vorzunehmende Visitation vorgesehen. Damit das Priesterhaus möglichst bald seine Tätigkeit aufnehmen könnte, sollte der Kardinal zu einer gemeinsamen Besprechung eine Person aus dem Klerus namhaft machen und mit allen Vollmachten ausstatten.

Diese Eröffnungen des Repräsentations-Präsidenten übersandte der Bischof von Passau dem Kapitulum zu Spital zur Beratschlagung und Erstattung eines eingehenden Berichtes. Das Stift mußte schon früher von den Absichten der Kaiserin Kenntnis erhalten haben, da es bereits im Jahre 1752 einen einschlägigen Bericht nach Bamberg geschickt hatte. Vom dortigen Hochstifte war die Gründung von Spital ins Werk gesetzt worden.

Die Bamberger Bischöfe hatten seitdem die Lehens-, Schutz- und Schirmherrlichkeit über das Kollegiatstift inne, konnten daher das Vorhaben der österreichischen Regierung nicht als eine außerhalb ihres Interessenkreises stehende Angelegenheit betrachten. In einem Schreiben vom 5. Oktober 1752 an Propst und Kapitel erklärte Bischof Johann Philipp Anton, es nicht ruhig hinnehmen zu können, daß das Priesterhaus für Spital vermeint sei und „eines auf des anderen Umsturz erbaut werden solle“.

Im Juli 1753 reisten im Auftrage des Kapitels zwei Kanoniker nach Bamberg, um das Domkapitel über die Absichten der Regierung genauer zu instruieren und um Unterstützung zu bitten. Das Passauer Ordinariat riet ihnen jedoch von einer persönlichen Vorsprache ab, da dem Kardinal der Vorschlag bezüglich eines Priesterhauses vorläufig nur privatim zugekommen sei und durch ein vorzeitiges Einschreiten seitens des Bamberger Bischofs die Kaiserin dem Stifte Spital noch größere Schwierigkeiten bereiten könnte. So begnügten sie sich vorläufig mit einer kurzen schriftlichen Information für ihren Lehensherrn und begaben sich erst Ende September in derselben Sache neuerlich nach Bamberg.

Als der Plan der Regierung im Detail dem Kapitel zu Spital zur Kenntnis kam, wurde sogleich eine Beratung abgehalten, um hiezu Stellung zu nehmen. In einer ausführlichen Eingabe an den Kardinal Lamberg als Ordinarius suchte der Propst die Gründe zu widerlegen, welche die Kaiserin für die Wahl seines Stiftes bestimmt hatten. Wenn den Kanonikern geringer Eifer in der Seelsorge und unpriesterlicher Lebenswandel vorgehalten werde, so beweise die Geschichte des Stiftes gerade das Gegenteil davon. Nur durch dessen Bezühungen sei das während der Reformationszeit mit der lutherischen Irrlehre angefüllte Spitalertal derart gereinigt worden, daß heute kein Irrgläubiger, ja nicht einmal ein Verdächtiger unter der den Stiftsgeistlichen anvertrauten Bevölkerung zu finden sei. Ergebe sich dadurch keine Notwendigkeit für ein Priesterhaus in besagter Gegend, so müsse auch die Lage des Stiftes für den vorschwebenden Zweck eine sehr ungünstige genannt werden. Die wenigen, weit von einander entfernten Stiftspfarrnen könnten kein geeignetes Betätigungsfeld für die Schulpriester sein; die Verwendung derselben in der Seelsorge wirke nur lähmend auf den Religions-eifer der Kanoniker. Die drückende Last des neuen Institutes werde dem Kapitel hauptsächlich im Hinblick auf die angeblich

sehr gute Vermögenslage aufgebürdet. Die von der Regierung angesetzten Stiftseinkünfte stehen aber mit den wirklichen in keinem Einklange. Sie reichen gerade hin, den Kapitularen ein bescheidenes Auskommen zu verschaffen und den sonstigen Bedürfnissen des Hauses zu genügen. Daher könne auch der Vorwurf, daß durch Überfluß an Geldmitteln allzu gute Lebensweise und Zwistigkeiten unter den Stiftsgeistlichen Platz gegriffen haben, nicht erhoben werden. Die Disziplin habe nur bei wenigen Mitgliedern und auch nur infolge des Haders wegen der neuen Statuten gelitten. Daraus aber eine Bestrafung sämtlicher durch Verkürzung des Lebensunterhaltes abzuleiten, sei nicht gerecht. In weiterer Erörterung wurde die Gründung eines Priesterhauses für überflüssig hingestellt und auf das bischöfliche Klerikalseminar zu Passau sowie den Wallfahrtsort Maria-Taferl und Wien als vortreffliche, den Anforderungen vollkommen genügende Pflanzstätten für den jungen Klerus verwiesen.

Der mit allen erdenklichen Argumenten versehene Bericht zeigt das deutliche Bestreben des Propstes, den Kardinal zugunsten des Stiftes zu beeinflussen und zur wirksamen Stellungnahme gegen den amtlichen Vorschlag zu veranlassen. Gelang es, die Realisierung der Absichten Maria Theresias zu vereiteln, so blieb sein Haus nicht bloß vor dauernden finanziellen Opfern bewahrt, sondern konnte auch weiterhin seine Selbständigkeit behaupten.

Wenn die Regierungskreise eine glatte und baldige Erledigung der Angelegenheit erwarteten, so hatten sie sich in einem Faktor, und gerade dem gewichtigsten, verrechnet, in dem Bischof von Passau. Jahrelang entfaltete der einflußreiche Kirchenfürst auf dem Gebiete des Missionswesens eine hervorragende Wirksamkeit, mit Umsicht und Eifer war er für die Zurückführung der Lutheraner zum katholischen Glauben tätig. Die ablehnende Haltung in der schwebenden Frage von seiten dieser Stelle, auf die man am Wiener Hofe voll Zuversicht baute, mußte unvermutet kommen. Dieser Standpunkt entsprang hauptsächlich der Befürchtung des Bischofs, daß durch die Errichtung einer Priesteranstalt im Lande ob der Enns seine Diözesanrechte daselbst geschmälert werden könnten. Die Erfahrung hatte ihn ja bereits mißtrauisch gemacht. Unter Kaiser Karl VI. wurde das Erzbistum Wien im Jahre 1728 auf Kosten der Diözese Passau dergestalt erweitert, daß demselben der Kreis unter dem Wienerwald samt Klosterneuburg angegliedert wurde. In dem

Momente, da der oberösterreichische Säkularklerus zum Großteil seine praktische Ausbildung in einem bodenständigen Institute genöß, das seinen Betätigungskreis später auch weiter stecken konnte, war das Abhängigkeitsverhältnis zum bischöflichen Klerikerseminar in Passau und dem Ordinariat überhaupt einigermaßen gelockert. Dann war auch ein Schritt zur weiteren Loslösung österreicher Gebiete von der Machtsphäre Passaus getan.

So erklärt sich die Stellungnahme des Kardinals Lamberg gegenüber den Plänen der Kaiserin und diese Haltung verfolgte er konsequent während seiner ganzen Regierungszeit. Zunächst trat er mit allem Eifer den Absichten entgegen, soweit sie auf das Kollegiatstift abzielten. Ohne einen Bericht von Spital abzuwarten, setzte er dem Hofrate von Doblhoff in einem Schreiben die Bedenken gegen die Errichtung eines Priesterhauses an dem ausersehenen Orte auseinander und führte insbesondere die Vermögenslage des Stiftes ins Treffen, die eine derartige Last nicht tragen könnte. Wie aus den Mitteilungen einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung des Kardinals an den Propst hervorgeht, wurde von Passau aus um eine geheime Assistenz in Wien und Rom angesucht und der Beschluß gefaßt, das Stift mit allen Kräften zu schützen und den Ordinariats-Konsens niemals zu erteilen. Längere Zeit beharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt. Mit flehenden Worten teilte der Propst dem Domstifte Bamberg am 11. Jänner 1754 die bedrängte Lage seines Hauses mit. Damals noch war die Errichtung der Priesterschule zu Spital ein feststehender Plan. Wenn es trotzdem nicht dazu kam, so war dies in erster Linie den Einflüssen von Passau und Bamberg her zuzuschreiben. Auch die Mehrzahl der Räte der k. k. Repräsentation und Kammer in Linz vertrat die Ansicht, daß nicht aus den Geldern von Spital allein das Priesterinstitut gegründet werden sollte, sondern gemäß den Bestimmungen des Tridentinums alle leistungsfähigen Klöster und das Hochstift Passau zu Konkurrenzbeiträgen heranzuziehen wären.¹⁾

Den Vorstellungen aller dieser Faktoren konnte sich die Kaiserin auf die Dauer nicht verschließen. Sie änderte ihren ursprünglichen Plan dahin ab, daß sie von Spital abging und nun bemüht war, ohne vorläufige Bestimmung des Ortes²⁾ für ein

¹⁾ *Hittmair* a. a. O. S. 9.

²⁾ Sowohl die Repräsentation und Kammer in Linz als auch die Hofkommission in Wien bezeichneten die Stadt Linz als den geeignetsten Ort für

Priesterhaus im Lande ob der Enns zunächst ein entsprechendes Kapital zusammenzubringen. Zu diesem Entschlusse trug sicher auch das Verhalten des Kollegiatstiftes das Seinige bei. Im März 1754 reiste nämlich Propst Anton nach Wien und gab hier im Namen seines Stiftes die Erklärung ab, in der Zuversicht, daß die alte Bamberger Stiftung fürderhin nicht „geschwächt“ werde, zu dem gottgefälligen Werke 30.000 Gulden darzugeben. Für diese ansehnliche Geldleistung erbat er sich die Befreiung von den bisherigen Missionsbeiträgen und die Erlaubnis zum Ankaufe von Gütern im Werte von 100.000 Gulden ohne Erlag der Konsens-taxe. Überdies sollten dem Stifte im Bedarfsfalle aus dem zu er-richtenden Institute Priester zur Verfügung gestellt werden. Mit der am 6. April erfolgten kaiserlichen Genehmigung dieses Anerbietens¹⁾ war die Priesterhausfrage, soweit sie das Stift betraf, in einem für dasselbe günstigen Sinne zum Abschlusse gediehen. Bei den weiteren Verhandlungen in der gleichen Angelegenheit blieb Spital ausgeschaltet.

Das ihr vorschwebende Ziel ließ Maria Theresia auch weiterhin nicht aus dem Auge. In einem eindringlichen Schreiben vom 17. April 1754²⁾ gab sie dem Abte Alexander von Kremsmünster den Auftrag, daß er als erster und vornehmster Prälat im Lande von den Klöstern eine ergiebige jährliche Beihilfe für das Priesterhaus anspreche. Auf dessen Initiative zeichnete der Prälatenstand einen einmaligen Beitrag von 10.000 Gulden. Hätte dem schon entsprechend fundierten Unternehmen der Bischof von Passau seine Unterstützung geliehen, so wäre in Bälde ein gedeihliches Resultat zu erhoffen gewesen. Während er sich früher lebhaft dafür einsetzte, daß das Projekt nicht in Spital verwirklicht werde, verhielt er sich jetzt, nachdem dies erreicht war, ganz untätig, eine Handlungsweise, die sich nur aus den oben geschilderten Gründen erklären läßt. Ohne seine Unterstützung mußte die Aktion zum Stillstand kommen, die mit so vielen Verheißungen begonnen worden war.³⁾ Zehn Jahre später wurden

eine Priesterschule und lenkten die Aufmerksamkeit auf das dem Stifte Kremsmünster gehörige große Haus (heute Bischofshof), „das 30 und mehr junge Priester fassen könnte.“ Dieser Plan fand aber nicht die Genehmigung der Kaiserin. Kommissions-Protokoll 1754 März 31. Archiv des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht.

¹⁾ Archiv des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht.

²⁾ Archiv des k. k. Ministeriums für Kultus und Unterricht. Vergl. auch *Hittmair* a. a. O. S. 10.

³⁾ Im Jahre 1762 stiftete der Stadtpfarrer von Enns, Alexander Graf

zufolge kaiserlicher Verfügung die aus dem Kapital von 40.000 Gulden sich ergebenden Interessen für die beabsichtigte Errichtung einer Priesterschule zu Gutenbrunn in Niederösterreich flüssig gemacht. Diese Summe, deren ursprünglicher Zweck allmählich in Vergessenheit geriet, kam später an das Ordinariat St. Pölten. Den Bemühungen des Linzer Bischofs Anton Gall (1788—1807) gelang es, dieselbe von dortiger Stelle zu erhalten und für die theologische Lehranstalt und das Alumnat in Linz (Harrachstraße) zu verwenden. In diesem Sinne wurde nach mehreren Dezennien den Intentionen der oberösterreichischen Klöster entsprochen, die obige Beiträge für ein Priesterhaus im Lande ob der Enns gestiftet hatten.

Engl, neben seinem Dechantshofe aus eigenen Mitteln ein Priesterhaus, das aber mit der Ernennung Engls zum Bischof von Leoben im Jahre 1786 wieder einging. *Strigl* a. a. O. S. 20.



ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Jahrbuch des Oberösterreichischen
Musealvereines](#)

Jahr/Year: 1912

Band/Volume: [70](#)

Autor(en)/Author(s): Straßmayr Eduard

Artikel/Article: [Der Plan zur Errichtung eines Priesterhauses in
Spital am Pyhrn. 155-172](#)